



Baden-Württemberg.de

📅 06.11.2017

WIRTSCHAFT

Wirtschaftsministerin und IHK-Spitzen beraten Zukunftsthemen



© ZSW BW

Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut hat sich mit den Spitzen der zwölf Industrie- und Handelskammern des Landes getroffen, um wirtschaftspolitische Kernthemen zu diskutieren. Die Gesprächspartner haben gemeinsam den freien Handel, eine steuerliche Forschungsförderung und eine Stärkung der dualen Ausbildung als dringliche Aufgaben identifiziert.

Wirtschafts- und Arbeitsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut hat sich mit den Präsidentinnen und Präsidenten sowie den Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführern der zwölf Industrie- und Handelskammern des Landes getroffen, um wirtschaftspolitische Kernthemen zu diskutieren. Dazu gehörten die Transformationsprozesse in der Wirtschaft, Aus- und Weiterbildung als Beitrag zur Fachkräftesicherung, die fortschreitende Digitalisierung als Herausforderung für die Weiterentwicklung von Berufen sowie außenwirtschaftliche Entwicklungen inner- und außerhalb der EU.

„Trotz der guten Konjunktur sind die Erfolge unserer Betriebe im Land und die hohe Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen keine Selbstläufer, darum ist mir der persönliche Austausch zwischen Politik und Wirtschaft sehr wichtig“, betonte die Wirtschaftsministerin. „Wenn ich auf den tiefgreifenden Wandel der Automobilbranche, die Digitalisierung aller Wirtschaftsbereiche und deren Auswirkungen auf zukünftige Berufsbilder schaue, sehe ich große Herausforderungen. Unsere Unternehmen erwarten zu Recht, dass sie von Politik und Verbänden unterstützt werden, damit diese Veränderungen für alle Betriebe greifbar, berechenbar und planungssicher lösbar sind. Das schaffen wir auch mit diesem gemeinsamen Dialog“, sagte Hoffmeister-Kraut.

Wolfgang Grenke, Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags (BWIHK), unterstrich: „Frau Ministerin Hoffmeister-Kraut hat aus persönlicher Erfahrung ein Ohr für die Belange der Wirtschaft in der Praxis und wertschätzt offene wie klare Worte und den kritischen Blick unserer 650.000 Unternehmen, die die IHK-Organisation in Baden-Württemberg vertritt. Nicht zuletzt das aktuelle Gutachten des Wirtschaftsministeriums, des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) zu Standort und Perspektiven Badens hat gezeigt, wo wir noch gemeinsame Hausaufgaben zu erledigen haben. Der Fachkräftemangel als reale Bedrohung ist, wie die aktuelle BWIHK-Herbst-Konjunkturumfrage zeigt, in der Breite der Wirtschaft angekommen – hier müssen wir gemeinsam entschlossen weiter handeln.“

Steuerliche Forschungsförderung

Als eine dringende Aufgabe der kommenden Bundesregierung sahen alle Gesprächspartner die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung an. Zur Innovationsförderung müssten Ausgaben für Forschung und Entwicklung besser von der Steuer abgesetzt werden können. Insbesondere Forschungsaufträge von kleinen und mittleren Unternehmen an Dritte, zum Beispiel wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen, sollten steuerlich begünstigt werden, da kleine und mittelgroße Unternehmen meist nicht über eigenes Personal für Forschung und Entwicklung verfügen.

Attraktivität der Berufsausbildung erhöhen – digitales Lernen ausbauen

Gemeinsam wollen Wirtschaftsministerium und Industrie- und Handelskammern die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen. Die Bedeutung der dualen Ausbildung werde für die Fachkräftesicherung in Zukunft weiter steigen. „Wir müssen die Aus- und Weiterbildung auch als Herausforderung des Digitalisierungsprozesses begreifen“, so die Ministerin. Gerade mit der bewährten Arbeitsteilung zwischen Betrieb und Berufsschule lasse sich den wachsenden, individuellen Bedarfen an digitalen Inhalten besonders gut Rechnung tragen, stimmte Grenke zu. So bekomme die Wirtschaft auch in Zukunft Fachkräfte nach Maß, die direkt im Anschluss an die Ausbildung Verantwortung im Betrieb übernehmen und sich gezielt fortbilden könnten. Dazu müsse digitales Lernen in Schule, Ausbildung und Universität fest verankert werden. Auch in der Berufsorientierung an der Schule müsse die betriebliche Ausbildung weiter an Bedeutung gewinnen. Deshalb begrüße Grenke die Umsetzung des von den IHKen geforderten Tag der beruflichen Orientierung an allen allgemeinbildenden Schulen ausdrücklich.

Bekanntnis zu freiem Welthandel

Konsens herrschte bei Wirtschaftsministerin und IHK-Spitzen auch darüber, dass gerade das exportstarke Baden-Württemberg freien Handel auf Basis entsprechender Abkommen brauche. Angesichts der vielen Risiken, die nach wie vor innerhalb- und außerhalb der EU vorherrschen, könne darauf nicht verzichtet werden. „Wir haben im Gespräch einmal mehr festgestellt, dass den nach wie vor virulenten Handelsgefahren weltweit – sei es der Brexit oder die Entwicklungen in Russland, der Türkei- und den USA – nur mit einem entschlossenen Bekanntnis zu weltweit freiem Handel entgegengetreten werden kann“, sagte Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut.

#Wirtschaft #Arbeit #Digitalisierung #Ausbildung

Link dieser Seite:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/hoffmeister-kraut-und-ihk-spitzen-beraten-zukunftsthemen>